

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bestellpreis: Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbandes und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stützpunkt)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen von Stelle:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 80.

Berlin, Sonnabend, 7. Oktober 1911.

Dreihundertvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Sand in die Augen! — Die Gewerbeaufsicht in Europa. — Preispolitik — Der Stand in Gewerbebetrieben. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine Zeit. — Verbands-Zeit. — Zusagen.

Sand in die Augen!

Die Lebensmittelerzeugung, unter der das deutsche Volk leidet, wird von Woche zu Woche drückender. Immer mehr werden die Preise angezogen; ein Nahrungsmittel nach dem andern wird teurer. Selbst der Preis für Milch, die namentlich für kinderreiche Familien menutbehrlich ist, wird überall erhöht. Die Arbeiter wissen tatsächlich kaum, wie sie ankommen sollen. Wenn in dem Schrei nach Abhilfe so oft das Wort Unterernährung vernehmbar wird, so ist das nicht nur ein Schlagwort, sondern die Gefahr einer ungenügenden Ernährung ist für breite Schichten des Volkes tatsächlich eingetreten.

In Eingaben, in Volksversammlungen wird Stellung genommen gegen den herrschenden Zustand. Die Stadtverwaltungen und die Regierungen werden beizutreten mit Petitionen um Hilfe. Zahlreiche Kommunen haben denn auch schon energische Schritte getan, und auch die Regierung hat schließlich ihr Ohr den lauten Klagen nicht länger verschließen können. Auch sie sagt sich, daß endlich etwas geschehen muß. Aber die Maßnahmen, die von ihr bisher getroffen sind, fordern zu allerjüngster Kritik heraus; denn sie bedeuten geradezu eine Verhöhnung der Not des Volkes.

Nicht wenig zugute getan hat man sich zuerst auf die von der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft gewährten Frachtermäßigungen für Lebensmittelgewinne im großen, die von Stadtverwaltungen, den gemeinnützigen Organisationen und den Unternehmern, die für ihre Arbeiter größere Zubehörungen kommen lassen, zugebilligt worden sind. Unbegreiflicherweise aber verlangt man diese Vergünstigung den Konsumvereinen, auch wenn sie unter den Einkaufspreisen ihre Waren verkaufen. Diese kleinliche Abneigung gegen die Selbsthilfe der Konsumenten würde lächerlich werden, wenn die ganze Geschichte nicht gar zu traurig wäre. Aber noch mehr hat man von oben herab getan. In Preußen ist neuerdings ein ministerieller Manderlaß an die Stadtverwaltungen ergangen, denen aus Mangel gelehrt wird, durch geeignete Maßnahmen für eine Verbilligung der Kleinverkaufspreise Sorge zu tragen. Das Wortvolke an diesem preussischen Erlaß, dem sichtlich ähnliche Kundgebungen in anderen Bundesstaaten folgen werden, ist, daß die Notlage wenigstens zugegeben wird, während man in ähnlichen Situationen früher dieselbe einfach abzustreiten pflegte.

Also die Städte sollen Abhilfe schaffen, da es nicht Aufgabe des Staates sei, unmittelbar einzugreifen! Zunächst sollen sie eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen bemüht sein.

Da heißt es in dem Erlaß:

Es wird sich im wesentlichen darum handeln, daß — zweckmäßiger Weise durch besonders zu bildende Ausschüsse — mit den Fleischern über eine den Verbraucher angemessene Preisfestsetzung der Fleischpreise verhandelt wird. Sollten diese Fürsorgungen keinen Erfolg haben und die Verbraucher zu hoch belastet werden, daß die Fleischpreise zu hoch sind, so muß dringend eingegriffen werden, die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch von den Städten einzuziehende Verkaufsstellen in Mangel zu nehmen, wie solches während der vor 2 Jahren herrschenden Fleischnot mehrfach mit Erfolg geschehen ist.

Auf diese Weise soll also die große Spannung, die gegenwärtig zwischen den Preisen des Viehes

und des Fleisches besteht, beseitigt werden. Welchen Erfolg die diesbezüglichen Bemühungen der Städte bei den Fleischern haben würden, zeigt folgende Antwort der „Allg. Fleischbr.-Ztg.“ auf den unmitelbaren Erlaß:

Das Ministerium scheint keine Ahnung zu haben, welche ungeheuren Spesen gemacht werden müssen, ehe Fleisch zum Verkauf gelangt. Wir wollen heute nur, um eine Erklärung für die Spannung zwischen Vieh einkaufs- und Fleischverkaufspreisen zu geben, die wichtigsten Lasten zusammenstellen, die auf dem Fleischergewerbe lasten. Wir beginnen mit den Schlachtgebühren, Fleischbeschaugebühren, Ausgaben für Schlachtviehvericherung, Kastrationsversicherung und dergleichen, was beträchtliche Summen erfordert. Ganz gewaltige Summen werden durch die Verwertung von untauglichen und Verwundung von minderwertigen Fleisch verschlungen. Es folgen die hohen Ausgaben für Kaderniete, Ausstattung und Unterhaltung des Viehs, für die Unterhaltung von Fuhrwerk, für Werkstoff, für Maschinen, Werkzeug und Gerätschaften und ihre Abnutzung, die bedeutenden Ausgaben für Behandlung und Heilung, für Eis etc. Hierzu kommen die Aufwendungen für Lohn, Kost, Logis der Gesellen, Verkaufserlöse etc. sowie die erhebliche Belastung durch die sozialen Versicherungsbeiträge. Dann kommen wir zu den Verlusten, die der Betrieb erleidet durch Verderben von Fleisch und Fleischwaren, durch Entweichen, durch Einwiegen beim Verpacken, durch Verluste der Abstreugewährung an die Kundschafft. Einen großen Posten machen die Steuern aus, mit denen wahrlich in reichlicher Maße das Fleischergewerbe bedacht ist. Dies sind die wichtigsten Ausgaben, deren Liste noch verlängert werden könnte.

Das läßt darauf schließen, daß die Erörterungen der Städte mit den Fleischern keinen Erfolg haben werden. Ob die Städte mit der Fleischversorgung der Bevölkerung mehr Glück haben werden, erdient uns nach den bisherigen Erfahrungen gerade auf diesem Gebiete mindestens zweifelhaft. Aber der Ministerialerlaß gibt noch andere Rezepte an, nämlich die Beschaffung von See- und Fisch- und Fleischwaren, durch Entweichen, durch Einwiegen beim Verpacken, durch Verluste der Abstreugewährung an die Kundschafft. Einen großen Posten machen die Steuern aus, mit denen wahrlich in reichlicher Maße das Fleischergewerbe bedacht ist. Dies sind die wichtigsten Ausgaben, deren Liste noch verlängert werden könnte.

Die Ratschläge, die hier erteilt werden, haben noch nicht einmal den Vorzug der Originalität. Viele Städte haben derartige Einrichtungen bereits getroffen, teils mit mehr, teils mit weniger Erfolge. Wenn angesichts der herrschenden Lebensverhältnisse weitere Versuche auf diesem Gebiete gemacht werden sollen, so würden wir von Herzen Glad dazu. Aber damit ist die Regierung selbst ihren Verpflichtungen nicht entkommen. Der ganze Erlaß macht den Eindruck der Trübsalberge. Man glaubt auf diese Weise auf ein eigenes Vorgehen verzichten zu können und vermeidet damit die Gefahr, die einflussreichen Junker und Agrarier vor den Kopf zu stoßen. Seltener aber die von den Städten getroffenen Maßnahmen nichts, nun, so kann man ihnen die Schuld in die Schuhe schieben. Gegen ein solches Verfahren muß entschieden Protest erhoben werden. Wir befehlen, daß die Städte überhaupt in der Lage sind, für wesentlich niedrigere Preise Nahrungsmittel zu beschaffen. Sie haben höchstens die Vorteile des Kleinhandelsprofites fort. Eine erhebliche Milderung der Teuerung können sie nicht herbeiführen. Die Maßnahmen dazu hat einzeln und allein das Reich, wenn es die Hilfe auf Nahrungs- und Futtermittel aufhebt; oder herabsetzt und die Grenze für Schlachtvieh öffnet. Und wenn die Regierung der Meinung ist, daß in erster Linie die Schlächter an den hohen Fleischpreisen schuld sind, nun, so möge sie die Ein-

fuhr von geschlachtetem Fleisch aus dem Auslande erleichtern. Das sind Mittel, durch die der herrschenden Teuerung energisch zu Leibe gegangen werden kann. Alles andere ist nichts als Blendwerk. Man will eben den Junktern nicht wehe tun. Deshalb gibt man seinem Mitleid mit der Not des Volkes Ausdruck, richtet aber keine Maßnahmen so ein, daß den notleidenden Agrariern nur gar nicht zu nahe getreten wird. Das Volk läßt sich durch derartige Machinationen nicht täuschen. Es ist aufgeklärt genug, um zu erkennen, daß durch die Abwälzung der Verantwortung auf die Städte ihnen nicht geholfen werden kann. Es verlangt wirksame Abhilfemaßregeln durch das Reich. Bist die Regierung ist es, selbst tatkräftig einzugreifen, und sie hat wahrlich gerade jetzt im eigenen Interesse allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß die Erbitterung und die Unzufriedenheit nicht noch größer wird. Nur wenige Monate noch trennen uns von den Reichstagswahlen. Allzu große Freude wird man daran ohnehin nicht haben. Verschließt man aber gegen die berechtigten Wünsche des Volkes auf billigere Nahrungsmittel kein Ohr, dann dürfte im Anfang des nächsten Jahres eine Rechnung aufgemacht werden, daß den Herren an der Spitze der Regierung sowohl, als auch den Herren Junktern Sehen und Hören vergeht.

Die Gewerbeaufsicht in Europa.

Das Bureau der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterdurchsetzung hat vor kurzem eine interessante Schrift*) veröffentlicht, die den ersten vergleichenden Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterdurchsetzung getroffenen Maßnahmen enthält, sich also mit der Gewerbeaufsicht in Europa beschäftigt. Anlaß zu dieser Veröffentlichung haben mehrere Beschlüsse der Internationalen Vereinigung gegeben. So forderte die Generalkonferenzversammlung im Jahre 1906 die einzelnen Sektionen auf, dem Bureau einen Bericht über die Maßnahmen zu erstatten, die in jedem Lande durch Gesetz oder Verordnung zum Zweck der Sicherung der Durchführung der Arbeiterdurchsetzung ergriffen worden sind. Zu diesem Zweck sind Fragebogen ausgegeben worden, die als Grundlage für die vorliegende Arbeit gedient haben.

Die Schrift zerfällt in fünf Teile. Das erste Kapitel über Umfang und Intensität der Gewerbeaufsicht enthält eine bis ins Einzelne gehende Statistik der Gewerbeaufsicht in Europa. Ingleich wird der geschichtliche und verwaltungsrechtliche Rahmen der Aufsichtstätigkeit vergleichend dargestellt. Das zweite Kapitel behandelt die Organisation der Inspektionen, den Bildungsgang, die Gliederung, ihr Verhältnis zu anderen Behörden, ihre Bezeichnungen, ihre Spezialisierung. Das dritte Kapitel erörtert die Fragen der Mitwirkung von Arbeitern und Arbeiterverbänden bei der Gewerbeaufsicht. Das vierte Kapitel befaßt sich mit der allgemeinen Durchführung der Regelung der Kontrollen und vor allem mit der Regelung der Verordnungsgebung. Im letzten Kapitel wird über die zurzeit vorliegenden Pläne einer Reform der Gewerbeaufsicht eine Uebersicht gegeben. Wie in der Einleitung festgelegt wird und bei einem ersten Versuche auch nicht anders erwartet

*) Erster vergleichender Bericht über die zur Durchführung der Arbeiterdurchsetzung getroffenen Maßnahmen: Die Gewerbeaufsicht in Europa. Der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterdurchsetzung vorgelegt von ihrem Bureau. Jena, Gustav Fischer, 1911.

merden konnte, haben sich bei der Bearbeitung des Materials mancherlei Klagen ergeben. Trotz alledem erhält man interessante Vergleiche bei der Gegenüberstellung der verschiedenen Zahlen.

Bis zum Jahre 1889, als in Berlin die bekannte Arbeiterschutzkonferenz stattfand, befaßen sich nur sieben europäische Staaten eigene staatliche Aufsichtsbehörden zur Überwachung der Arbeiterschutzgesetze, nämlich Großbritannien, Dänemark, Frankreich, die Schweiz, das Deutsche Reich, Rußland und Oesterreich. Seitdem hat die Einführung derartiger Behörden weitere Fortschritte gemacht, so daß gegenwärtig in 22 europäischen Ländern eine staatliche Gewerbeaufsicht besteht. Es sind dies nach dem Jahre der Einführung die folgenden:

1. 1838 Großbritannien	13. 1892 Norwegen
2. 1873 Dänemark	14. 1893 Portugal
3. 1874 Frankreich	15. " Ungarn
4. 1877 Schweiz	16. 1902 Luxemburg
5. 1878 Deutsches Reich	17. 1905 Bulgarien
6. 1882 Rußland	18. 1906 Italien
7. 1893 Oesterreich	19. " Rumänien
8. 1896 Liechtenstein	20. 1907 Spanien
9. 1890 Belgien	21. " Bosnien und Herzegowina
10. " Niederlande	22. 1910 Serbien
11. " Finnland	
12. " Schweden	

Schon vor 1877 bestanden in einigen Schweizer Kantonen gewerbliche Aufsichtsbehörden, so seit 1859 in Zürich, seit 1862 im Argau, seit 1864 in Glarus, seit 1871 in Basel-Stadt. Ebenso hatten innerhalb des Deutschen Reiches Preußen schon 1853, Sachsen 1872 die staatliche Gewerbeaufsicht eingeführt. Ohne einen derartigen Aufwandsdienst sind gegenwärtig in Europa nur noch die Türkei und Griechenland, sowie Montenegro, Monaco und San Marino.

Die Wirksamkeit und damit die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze ist natürlich abhängig so wohl von dem Gebietsumfang der einzelnen Aufsichtsbezirke als auch von der Zahl und der Größe der industriellen Betriebe. Wir geben deshalb in Folgendem einzelne Vergleichsziffern wieder. Stellt man die Zahl der gewerblich tätigen Personen den Erwerbstätigen überhaupt gegenüber, so findet man den höchsten Prozentsatz in Luxemburg, nämlich 40-50, dann in Großbritannien 45,8, in der Schweiz 44,9, im Deutschen Reich 41,9 und in Belgien 41,6. In keinem Abstände folgen Frankreich mit 35,5 und die Niederlande mit 33,7. Alle übrigen Länder stehen erheblich weiter zurück.

Berechnet man die auf 1 Quadratkilometer entfallende Zahl der Berufsangehörigen, so ändert sich das Bild wesentlich. Weitans an der Spitze steht alsdann Belgien mit 46,57. Es folgen dann in weitem Abstände Großbritannien mit 26,79, dann das Deutsche Reich mit 20,82, die Niederlande mit 19,67 und die Schweiz mit 16,92. In allen anderen Ländern ist die gewerbliche Bevölkerung wesentlich dünner gesät.

Brüft man die Aufsichtsbezirke nach ihrem Umfange, so ergibt sich durchschnittlich für

Dänemark	2024,0 qkm
Deutsches Reich	2371,8 "
Luxemburg	2586,4 "
Belgien	2945,5 "
Niederlande	3675,4 "
Frankreich	4257,7 "

In allen anderen Staaten ergeben sich erheblich größere Durchschnittsflächen, so für Großbritannien rund 6010, für Oesterreich 7895, für Ungarn 7923 Quadratkilometer. Weit darüber hinaus steigen diese Durchschnittsziffern in den übrigen Ländern.

Welche Schwierigkeiten bei allen großen Aufsichtsbezirken zu überwinden sind, das zeigt am besten der Bericht, den die russische Fabrikinspektion über diese Frage an das Internationale Arbeitsamt erstattet hat. Da heißt es nämlich:

„Es haben z. B. das Gouvernement Archangel mit einer Fläche von beinahe 800 000 Quadrat-Kilometer zwei Fabrikinspektoren zu bedienen, wobei sie Fahrten bis zu 3000 Kilometer zu machen haben, die oft Wochen und Monate dauern. Auch in den weniger entlegenen Gebieten des Reiches sind lange Wagenfahrten keine Seltenheit, besonders soweit es sich um Prüfungen von in der Landwirtschaft verwendete Dampfmaschinen handelt. Dabei sind die Wege an und für sich meistens in einem einen jeden Vorstellung spottenden Zustande und während der Uebergangsperiode im Herbst und bei Frühlingsanfang, wenn der Schnee zu schmelzen beginnt und die Flüsse aus ihren Ufern treten, überhaupt unpassierbar. Besonders ungünstig sind die Verkehrsbedingungen in Sibirien. So entnehmen wir z. B. dem Berichte eines Bergingenieurs, der seinen Bezirk im östlichen Sibirien hat, daß in demselben nur 50 Kilometer Fahrweg sei, die übrigen Bergbaubetriebe können jedoch nur mittels Reispferden erreicht werden, während es Eisenbahnen dort überhaupt nicht gibt.“

Der Krieg zwischen Italien und der Türkei hat naturgemäß die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Bedeutung der türkischen Provinz Tripolis, die das Stammobjekt bildet, gerichtet. Die Grundlagen für die Beurteilung dieser Frage sind allerdings recht schwach. Etwas zuverlässiges Material bietet lediglich der Bericht, den der deutsche Konsul in Tripolis, Dr. Tilger, über den Verlauf des Jahres 1909 an das Reichsamt des Innern erstattet hat. Die „Frankf. Ztg.“ macht darüber einige interessante Mitteilungen. Danach ist nur etwa ein Fünftel bis ein Viertel der Gesamtfläche des Landes kultivierbar. Das liegt in der Hauptsache daran, daß die Wasserverhältnisse überaus ungünstig sind, ein Uebelstand, den man jetzt durch Erschließung neuer Wasserquellen und Schaffung besserer Bewässerungsanlagen abhelfen will. Ist die Wasserfrage besser geregelt, so verpricht sich der deutsche Konsul für Landwirte, die mit viel Geduld und etwas Kapital ausgerüstet sind, und Leben wie Landespreise im Orient kennen, wenigstens für die Zukunft gute Erfolge. Bergbau ist so gut wie gar nicht vorhanden. Es darf aber angenommen werden, daß in der Erde mancherlei Mineralisatze ruhen. Wenn diese noch nicht nutzbar gemacht worden sind, so liegt dies in der Hauptsache an den von der türkischen Regierung bereiteten Schwierigkeiten. Auch Kohle soll im Lande vorkommen, deren Beschaffenheit allerdings für Heizzwecke nicht ausreicht.

Was den Handelsverkehr mit Tripolis anbelangt, so mahnt der deutsche Konsul zur Vorsicht; namentlich hält er lange Zahlungsfristen nicht für angebracht. Berücksichtigt werden muß auch, daß die tripolitaniischen Gerichte nur wenig Schutz gewähren, so daß selbst von den besten Kennern des Landes gültige Vergleiche mit einem Verlust von 50 bis 60 Proz. dem Verurteilten gerichtlicher Austragung vorgezogen werden. Die nur unbedeutende Industrie beschränkt sich auf Baumwoll-, Woll- und Seidengewerbe, ferner auf Strohnatten, die sämtlich im Handbetriebe hergestellt werden. Silber wird ebenfalls bearbeitet, und weiter finden sich einige kleinere Ziegeleien und Seifenfabriken, zwei unbedeutende Schiffswerften usw. Deutsche industrielle Unternehmen fehlen völlig und sind auch nicht angebracht. Die gesamte Schiffahrt wird besorgt von drei italienischen und einer französischen Linie. Von einer Regelmäßigkeit des Verkehrs kann aber nicht die Rede sein; unter Umständen treten Verspätungen bis zu 14 Tagen ein. Im Hafen von Tripolis sind im ganzen Jahr 1909 495 Segelschiffe und 331 Dampfschiffe eingelaufen. Von all diesen Schiffen waren nur 20 deutscher Nationalität. Der Hauptanteil entfällt auf die Türkei und Italien.

An dem Gesamtimport von 8 1/2 Millionen Mark, den Tripolis im Jahre 1909 aufzuweisen hatte, war das Deutsche Reich im ganzen mit 387 000 Mark beteiligt, während die deutsche Ausfuhr aus dem Hafen von Tripolis sich auf noch nicht einmal 10 000 Mark belief bei einem Gesamtexport von über 4 Millionen Mark. An der Spitze des Importes stand mit fast 2 Millionen Mark Italien. Ihm folgen in nahem Abstände Großbritannien, Ägypten, Frankreich und Tunis. Dagegen entfallen beim Export aus dem Hafen von Tripolis auf Italien nur wenig mehr als 1/2 Millionen Mk., während Großbritannien und Malta mit 2,3 Millionen Mark am stärksten daran beteiligt sind. Der deutsche Handel liegt völlig in den Händen von Vertretern, während Geschäftsreisende aus Deutschland so gut wie gar nicht nach Tripolis kommen. Diese kurzen Angaben lassen erkennen, daß das deutsche Interesse an der wirtschaftlichen Bedeutung von Tripolis bezüglich gering ist, wodurch freilich das politische Interesse am Ausgang des italienisch-türkischen Krieges nicht gemindert wird.

Der Staub in Gewerbebetrieben.

Von Dr. med. G. Sauer, Frankfurt a. M.

Die Staubentwicklung in den Gewerbebetrieben führt zu einer großen Reihe von Krankheiten, den sogenannten Staubeinatemungskrankheiten, zu Katarrhen der Luftröhre und der Lunge, sowie zur Augenblähung. Die Statistik führt uns jedoch dazu, anzunehmen, daß auch andere Krankheitsprozesse, insbesondere chronische Lungeneinzündungen, und Schwindel mit Gefolge langjähriger Staubeinatung auftreten. Nach Ollendorff starben in den acht Gemeinden der Kreise Solingen und Lennep von sämtlichen über 20 Jahren alten Personen 46 Proz. an Lungenschwindel, von den Schleimern dagegen 78 Proz. Nach Girt litten von 100 Arbeitern an Schwindel so nach ihrer Beschäftigung mit metallischem Staub 28 Proz., mit mineralischem 25,2 Proz., mit pflanzlichem 13 Proz., mit tierischem Staub 20,8 Proz. und Staube-

mischen 22,6 Proz. Berichte aus Krankenhäusern lassen ersehen, daß die Arbeiter, welche stark reizenden Staub einatmen, den größten Prozentsatz der Erkrankten zeigen.

Hierbei ist jedoch daran festzuhalten, daß nicht der Staub als solcher der Verursacher der Lungenschwindel ist. Wir wissen z. B. vom Kohlenstaub, daß derselbe die Lunge ganz massenhaft erfüllen kann, daß er selbst in innere Organe wie Leber und Milz eindringt, ohne zu Entzündungen zu führen. Ja aus den statistischen Erhebungen scheint hervorzugehen, als würde die Einatmung des Kohlenstaubes das Zustandekommen der Schwindel nicht hindern.

Für das Zustandekommen der Tuberkulose ist der Tuberkelbazillus verantwortlich zu machen. Die Fremdkörper, die in Form von Staub in die Lunge übertreten, können wohl zu Reizungen, auch zu kleinen Verletzungen Veranlassung geben, ja sie können selbst in die gesamte Blutbahn übertreten, ohne deshalb zu Tuberkulose zu führen. Wohl aber kann der Staub den Bazillen den Boden vorbereiten, ihnen den Eintritt erleichtern; ja es kann selbst mit dem Staube der Bazillus in die Lunge gelangen. Die verschiedensten Staubarten sind nun nicht gleichwertig in Bezug auf ihre Schädlichkeit. Für das Zustandekommen der Lungentuberkulose ist der mineralische, besonders der metallische Staub am wirksamsten; am wenigsten gefährlich erweist sich der Mehlstaub. Es hängt dies wohl mit der größeren oder geringeren Zähigkeit zusammen, kleine Verletzungen zu erzeugen oder die Schleimhaut zu reizen. Es kommt aber darauf an, welcher Stätte der Staub entstammt, ob er auf dem Wege Gelegenheit findet, sich mit Infektionsträgern zu beladen. Im übrigen ist nicht jede chronische Lungenerkrankung der gewerblichen Arbeiter eine wirkliche Tuberkulose.

Wenn sich Stein- und Holzkohlenstaub in der Lunge einlagert, so entsteht die Kohlenlunge; die Eisenlunge bei der Einlagerung von Eisen, die Nieselung bei der Einlagerung von Steinstaub; der Tabak erzeugt die Tabaklunge, die Baumwolle die Baumwolllunge. Die Einatmung des Staubes der Thomasschlacke ruft verschiedene Entzündungen des Lungengewebes hervor.

Es sind jedoch die Erkrankungen der Atmungsorgane nicht der einzige Weg, auf dem die verschiedenen Staubarten zur schädlichen Wirkung gelangen können. Gar nicht selten sind es nur ganz kleine Verletzungen der Haut, durch welche Staubpartikelchen als Träger von krankmachenden Keimen eindringen und zu heftigen Allgemeinerkrankungen Veranlassung geben können, wie Malaria, Scharlach, Typhus, Cholera, Diphtherie, Tuberkulose, die Federkrankheit. Auch anderen Staubarten kann die äußere Bedeutung, Angriffspunkte bieten, von denen die Entstehung von Hautkrankheiten als Folge zu betrachten ist. Schließlich ist noch das Auge der Einwirkung des Staubes mehr oder minder ausgesetzt. Oft sind Bindehaut- und Lidrandentzündungen, Verrottung der Hornhaut auf diese Einwirkung zurückzuführen.

Mit Recht wird daher von der modernen Gesundheitslehre gefordert, daß sie die Schädigungen, die der Staub der Gesundheit des Arbeiters zufügt, hinfantile. Dies kann geschehen unter anderem durch Entstaubungsanlagen. Auch dem Transport staubiger Massen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In Mälzfabriken z. B. hat sich eine neue Transportvorrichtung bewährt. Ihr Vorteil besteht darin, daß die Staubeinwirkung, wie sie beim Handbetriebe unvermeidlich ist, vermieden wird, die Arbeit zudem schneller und ohne Materialverlust konstaten geht. Die Staubmassen werden hierbei durch ein Luftablaugrohr in ein geschlossenes Faß geatmet. Die Füllung eines Faßes von Größe eines gewöhnlichen Petroleumfaßes dauert nur fünf Minuten. Die Einrichtung läßt sich in allen Betrieben mit Vorteil anwenden.

Auch die staubbindenden Fußbodenöle werden in manchen Gewerben mit Vorteil angewandt. Mit solchen hat man unter anderem in Buchdruckereien günstige Erfahrungen gemacht. Die nicht eintrocknende Delfarbe wird mit Bürsten in gleichmäßiger Schicht über den Fußboden verteilt. Die Delfarbe wird nun nach Bedarf erneuert; tägliches Fegen des Fußbodens ist erforderlich. Die Resultate sind sehr günstig; die Staubablagerung ist in diesen Räumen viel geringer als in den sonstigen mit Delfarbe gestrichenen und feucht aufgewickelten Räumen.

Dr. A. Zibell konstatiert, daß die verschiedenen Staubarten für die ihnen ausgesetzten Arbeiter um so gefährlicher seien, je spärlicher und scharfkantiger die einzelnen Bestandteile sind. Die Staubeinwirkung wird am besten verhindert durch Einführung nasser Arbeitsprozesse.

Während der Arbeit entstandener Staub wird am besten durch Erbauern ungeschädlich gemacht. Ventilation der Arbeitsräume und Ausrüstung

der Arbeiter mit Respiratoren können nur als Notbehelf betrachtet werden. Für jeden Arbeiter sind mindestens 10 bis 15 Kubikmeter Luftstrom erforderlich. Die Fußböden der Arbeitsräume müssen zwecks leichter Reinigung dicht und fest sein. Die Arbeiter in Betrieben mit Staubentwicklung sind mit Arbeitsanzügen auszurüsten; diese müssen möglichst faltenlos sein und aus dichtem, glattem Stoff bestehen. Die Benutzung von Bekleidungsgegenständen ist den Arbeitern durch die Arbeitsordnung zur Pflicht zu machen. In jedem Betrieb mit Staubentwicklung sollen Brausebäder vorhanden sein. Das Einnehmen der Mahlzeiten in Arbeitsräumen ist zu verbieten; es müssen zu diesem Zweck besondere Speiseräume vorhanden sein. Von den Arbeitgeber ist für Beschaffung guten Trinkwassers zu sorgen. Das Auspfeien auf den Boden ist streng zu verbieten. Zur Durchführung der Staubmaßnahmen ist eine gründliche Belehrung der Arbeiter erforderlich. Dr. Ribell verlangt weiter, daß in Fabriken mit Staubentwicklung Arbeiter unter 16 Jahren und Arbeiterinnen unter 18 Jahren nicht eingestellt werden dürfen. Alle Arbeiter sollen vor der Einstellung einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden; Lungenerkrankte und Brustschwache sind auszuschließen. Für alle Betriebe mit Staubentwicklung ist eine periodische ärztliche Untersuchung zu fordern.

Die Arbeitszeit darf ein Maximum von 10 Stunden nicht überschreiten. Ueberstunden sind möglichst einzuschränken. Ein öfterer Wechsel zwischen staubiger und nichtstaubiger Arbeit ist sehr zu wünschen.

Die Anwendung von Bleichromaten zum Färben sollte gesehlich verboten werden. So gut im allgemeinen jetzt in Baumwollspinnereien durch Ventilation und Luftbefeuchtung für eine wesentlich staubfreie Atmosphäre gesorgt ist, so entsprechen die Gardner doch nicht mehr den hygienischen Anforderungen. P. Mellon-Koubair empfiehlt daher eine Einrichtung, die in Vereinigung mit Filtrierung durch Baumwollwatte und Aufsaugen des Staubes in einer Umhüllung besteht.

Die Regierung in Potsdam hat versagt, daß in Krankenanstalten die Krankenbeschäftigten solcher Fälle, die zur gewerblichen Tätigkeit in ortsständiger Beziehung stehen, also namentlich bei Staubkrankheiten den Behörden eingereicht werden.

Allgemeine Kundschau.

Freitag, den 6. Oktober 1911.

Zwei neue Flugblätter hat der Gewerbeverein der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen herausgegeben. Das eine wendet sich insbesondere an die Wäscherinnen, Bugmacherinnen und Kürschner, das andere an alle in der Konfektion beschäftigten Schneider und Näherinnen. In klarer und überzeugender Form wird in diesen Flugblättern den Arbeitern und Arbeiterinnen ihre traurige Lage vor Augen geführt, die durch die herrschende Forderung noch mehr verschlechtert worden ist. Es wird weiter darauf hingewiesen, wie Unternehmer sowohl, als auch Arbeiter nach immer festem Zusammenhange in starken Organisationen streben, und daß nur dadurch eine Verbesserung und Hebung der sozialen Lage der Berufsangehörigen herbeigeführt werden kann. Dafür werden treffende Beispiele angeführt aus den Tarifbewegungen der letzten Jahre. Den Schluß der Flugblätter bildet eine übersichtliche Zusammenstellung der Leistungen des Gewerbevereins, die mit aller Deutlichkeit erkennen läßt, welchen starken Rückhalt in allen Notlagen des Lebens der Gewerbeverein seinen Mitgliedern bietet.

Es besteht für uns kein Zweifel, daß die beiden Flugblätter ihre Wirkung nicht verfehlen, sondern dem Gewerbeverein der Schneider und Schneiderinnen eine Menge neuer Mitglieder zuführen werden, wenn für richtige Verbreitung gesorgt wird. Gewiß! Das ist in erster Linie Aufgabe der Mitglieder des Gewerbevereins der Schneider selbst. In den Deutschen Gewerbevereinen hat aber noch immer der Grundfals gegolten: „Einer für alle, alle für einen!“ Wer hätte nicht seiner Verbandschaft oder in seinem Bekanntenkreise noch Schneider oder Näherinnen, die sich bisher noch keiner Berufsorganisation angeschlossen haben. Sie gilt es für unseren Gewerbeverein zu gewinnen. Die Schneider müssen in ihrer Agitation von der Gesamtheit der Verbandsangehörigen unterstützt werden. Deshalb ist der Hauptvorstand des Gewerbevereins der Schneider, Berlin, NO. 55, Greifswalderstraße 22-23 auch gern bereit, den Kollegen zur Förderung der Agitation die Flugblätter zur Verfügung zu

stellen. Möge nur recht ausgiebiger Gebrauch davon gemacht werden!

Auch eine Folge der Feuerung! Im Ruhrkohlengebiet gärt es. Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Bedarfsgegenstände, unter der die arbeitende Bevölkerung am allerleichtesten zu leiden hat, ist der Anlaß gewesen zu verschiedenen Redierkonferenzen, die von unserem Gewerbeverein der Bergarbeiter einberufen sind. Diese Redierkonferenzen, die in Dortmund, Wanne und Oberhausen stattgefunden haben, erklärten, daß die gegenwärtigen Löhne nicht ausreichen, die verteuerte Lebenshaltung zu bestreiten, und richteten an den Hauptvorstand des Gewerbevereins das Ersuchen, an die Bergverwaltungen wegen einer Erhöhung der Löhne heranzutreten. Die Leitung unseres Gewerbevereins hat sich daraufhin zunächst mit den anderen Bergarbeiterorganisationen in Verbindung gesetzt und angefragt, wie sie sich zu einer gemeinschaftlichen Lohnbewegung stellen. Der alte Bergarbeiterverband hat bereits eine zustimmende Antwort erteilt.

Von den Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe, die noch immer fortgeführt werden, bringt nur wenig an die Öffentlichkeit. Abgesehen von kurzen summarischen Mitteilungen des Wollfischen Telegraphenbureaus macht der „Korrespondent“ einige Angaben, die aber auch so allgemein gehalten sind, daß man sich kein klares Bild über das bisherige Ergebnis machen kann. Soviel steht aber fest, daß sowohl auf Prinzipalsseite, wie auf Seite der Gehilfen mit großem Eifer dahin gearbeitet wird, möglichst viele Vorteile herauszuschlagen, daß aber andererseits auch das ernste Bestreben vorhanden ist, einen friedlichen Ausgang herbeizuführen. Ganz leicht ist das freilich nicht immer. So war zur Regelung einiger wichtigen Fragen eine Einigungscommission eingesezt, der es aber nicht gelang, eine Verständigung herbeizuführen, so daß die Möglichkeit des Abbruchs der Verhandlungen zu befürchten stand. Nachdem dann die strittigen Fragen noch einmal in einer Vorberhandlung beraten waren, trat die Einigungscommission nochmals in Wirksamkeit mit dem Ergebnis, daß nimmere eine Verständigung und damit die Aussicht auf Erhaltung des gewerblichen Friedens im Buchdruckgewerbe erzielt wurde. Beim Zusammentritt des Plenums am Morgen des 3. Oktober wurden die Vor schläge der Einigungscommission bekannt gegeben. Aus denselben geht hervor, daß bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit und auch bezüglich der Sonderbestimmungen für Maschinenjener und Drucker, so weit es sich hierbei um die Hauptfragen handelt, die berechtigten Wünsche beider Parteien, so weit wie möglich Berücksichtigung gefunden haben. Der Tarifausschuß hat dann nach kurzer Debatte den Einigungsorschlag mit 32 gegen 2 Stimmen angenommen.

Arbeiterbewegung. Die Bewegung der Berliner Eisenkonstruktoren nimmt ihren Fortgang. Beteiligt ist nicht nur der Bund der technisch-industriellen Beamten, sondern auch der Deutsche Technikerverband. Beide Organisationen stehen hinter ihren Mitgliedern und sind entschlossen, dieselben nicht nur finanziell, sondern auch durch Aufhebung der Stellenvermittlung zu unterstützen. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf über 200. — In Geseft m i n d e haben die Matrosen und Heizer der Fischdampfer wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. — Die Heizungsmontere in Frankfurt a. M. haben eine Tarifbewegung zu Ende geführt, die ihnen sowohl eine erhebliche Arbeitszeitverkürzung, als auch bedeutende Lohnhöhlungen bringt. — In Schwennungen a. A. A. haben etwa 200 Schuhfabrikarbeiter und Arbeiterinnen wegen Ablehnung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt. — In Bielefeld befinden sich seit einiger Zeit die Metallarbeiter in einer Lohnbewegung. Die Metallindustriellen haben sich jetzt bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, gleichzeitig aber auch zu erkennen gegeben, daß sie den gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl für eine Verkürzung der Arbeitszeit, als auch für eine Erhöhung der Löhne für ungeeignet halten. — In Bremen sind die Brauereiarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihre Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt wurde. — Der Kampf im Lithographen- und Steindruckgewerbe hat immer weitere Ausdehnung angenommen. Außer Leipzig, wo die Bewegung ihren Anfang nahm, sind jetzt auch Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt a. M. und Offenbach in den Kampf gerissen worden. Ebenso haben die Berliner Kollegen beschloffen, sich mit den Ausgeperr-

ten solidarisch zu erklären und die Bewegung mitzumachen. — In Wien hat vor einigen Tagen eine Konferenz von Tabakarbeitern stattgefunden, um zu der Ausperrung in der westlich-lippischen Tabakindustrie Stellung zu nehmen. Es wurde eine Kommission gewählt, die mit den Unternehmern in Verhandlung treten soll. Der Streik der irischen Eisenbahner kann als beendet gelten.

Die Zollfreiheit der Einfuhr von frischen Seefischen ist gewissen Seefischerfreien, die Anschluß bei den Agrariern gesucht und gefunden haben, ein Dorn im Auge. Die Tatsache, daß bereits in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres die Einfuhr von Seringen (Breitlingen) und Sprotten von 62 069 auf 74 028 Tonnen, und diejenige von anderen Salzwasserfischen von 18 324 auf 19 401 Tonnen gestiegen ist, wird nun ihrer Agitation neue Nahrung geben. Es ist daher nicht unzumutbar, sogleich darauf aufmerksam zu machen, daß die Einfuhr eisalzener Seringe im selben Zeitraum von 105 970 auf 88 202 Tonnen zurückgegangen ist. Das Plus der Zufuhr von frischen Salzwasserfischen ist also mehr als aufgewogen durch das Nachlassen der Einfuhr von Salzheringen, so daß die Abnahmefähigkeit für den deutschen Seefischfang infolge der verstärkten Einfuhr frischer Fische nicht gelitten haben dürfte. Jedenfalls kann sich Deutschland recht gut ohne einen Zoll auf frische Seefische behelfen.

Die gewerbmäßigen Stellenvermittler sind eifrig darauf bedacht, die Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes zu umgehen, um sich größere Einnahmen zu verschaffen als die polizeilichen Vorschriften zulassen. Zwar lag das Gesetz, daß neben den Gebühren für die Vermittlung Vergütungen anderer Art nicht erhoben werden dürfen, und daß auch die Erstattung barer Auslagen nur insoweit gefordert werden darf, als sie auf Verlangen und Vereinbarung mit dem Auftraggeber verwendet und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind. Trotzdem wird vielfach darüber geklagt, daß diese Bestimmungen dadurch umgangen werden, daß die Stellenvermittler sich in irgendeiner Form Extravergütungen verschaffen lassen. Ueber die Unzulässigkeit derartiger Verabredungen bringt die „Soz. Prax.“ ein bemerkenswertes Urteil des Kammergerichts:

Eine Stellenvermittlerin hatte sich von einer Kundin, die ein Dienstmädchen haben wollte, die schriftliche Erklärung geben lassen, daß sie außer der Gebühr freiwillig 3 Mark zahlen wolle für „Annoncen beim Mieten des Mädchens“. In dem Urteil wird ausgeführt: Aus der oben wiedergegebenen Gesetzesbestimmung geht hervor, daß es sich um ein Verlangen der Dienstboten suchenden Personen und um eine Vereinbarung mit dieser Person handeln müsse, welche den vorliegenden Einzelfall betreffe, und daß vereinbart werden müsse, was und wo a. B. inseriert werden solle. Und der letzte Teil des Absatzes sei nicht anders zu verstehen, als dahin, daß der Stellenvermittler verpflichtet sei, nachzuweisen in Hinblick auf den gegebenen Einzelfall, daß und in welcher Weise er dem Gesetz genügt habe und daß die und die Auslagen erwachsen seien für Beförderung gerade dieses Mädchens. Am vorliegenden Falle habe weder eine solche dem Gesetz genügende Vereinbarung vorgelegen, noch sei ein Nachweis geführt worden, wie das Gesetz ihn verlange.

Streiks und Aussperrungen haben im Jahre 1910 in Oesterreich 708 stattgefunden, doch liegen bisher bloß über 541 Streiks und 3 Aussperrungen genaue Daten vor. Von den Streiks wurden 2185 Betriebe mit 96 160 Arbeitern betroffen, von welchen 47 166 (49 Prozent) die Arbeit niederlegten. 106 Streiks (19,8 Prozent) mit 14 402 Arbeitern waren Gruppenstreiks, 435 (80 Prozent) mit 32 764 Ausständigen jedoch Einzelstreiks. Von je 100 Streiks dauerten 42,9 bis zu fünf Tagen, 18,7 von sechs bis zehn Tagen, 9,6 von 11 bis 15 Tagen, 19,1 von 16 bis 50 Tagen und nur 7,6 von 51 bis 100 Tagen. Die Veranlassung zu den Konflikten war in 350 Fällen die Unzufriedenheit mit den Löhnen, in 81 Fällen eine solche mit der Arbeitsdauer, 67 Fälle waren in der Entlassung von Arbeitern begründet, in 43 Fällen war es Unzufriedenheit mit der Arbeits- und Dienstordnung, in 13 Fällen waren Lohnreduktionen die Veranlassung und in 13 Fällen die Mißliebigkeit von Vorgesetzten. 98 Fälle mit 4935 Arbeitern endeten mit vollem Erfolge für die Ausständigen, 236 Fälle mit 30 502 Arbeitern mit teilweisem Erfolg, 177 Fälle mit 11 692 Ausständigen ohne Erfolg. Es

waren daher 65,1 Prozent der Ausstände mit 75,2 Prozent der Ausständigen für die Arbeiterschaft ergreifend, 386 (71,4 Prozent) der Streiks waren Angriffstreiks und 104 (19,20 Prozent) Abwehrstreiks; 51 (9,4 Prozent) waren in dieser Richtung unbestimmbar. Von den Ausperrungen wurden 121 Betriebe mit 17.602 Beschäftigten und 16.962 Ausperrten betroffen; doch dauerten 2 Ausperrungen nur je einen Tag, je 1 Ausperrung 2, 8, 14, 35, 49, 91 und 118 Tage.

Trade-Unionismus in China. Ein Streik im Schiffbauergewerbe von Hongkong hat die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß auch im Reiche der Mitte gewerkschaftliche Vereinigungen von Arbeitern existieren. Diese beschränken sich jedoch nicht auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder, sondern suchen alle Industrien, in denen in vorwiegendem Maße Chinesen beschäftigt sind, ihrer absoluten Kontrolle zu unterziehen. Sie bilden eine Art geheimer Gesellschaften, deren Leiter sowie Verhandlungen der Defektivität niemals bekannt werden. Ihre Existenz ist aus diesem Grunde in dem englischen Hongkong ungeheißlich. Die Regierung ist angegangen worden, diese „Tumulte der Skizzen, der sich auch eine ganze Reihe englischer Firmen haben beugen müssen“, zu unterdrücken und die Gesellschaften aufzulösen. Da man jedoch nicht weiß, wo die verantwortlichen Leiter sitzen, ist ein legaler Angriff fast unmöglich.

Britische und deutsche Unternehmer. Es ist ein großer Unterschied in dem Verhältnis der britischen Arbeiter zu ihren Unternehmern und den Zuständen in Deutschland auf diesem Gebiet. Das möge folgender Vorgang darstellen:

Man wird sich erinnern, daß die Seeleute im Juni und Juli dieses Jahres große Lohnkämpfe mit ihren Unternehmern hatten, und daß sie dabei siegreich waren auf der ganzen Linie. Sie erreichten z. B. allseitig eine Lohnerhöhung von 10 Mark im Monat.

Vor wenigen Tagen hat der Gewerksverein der Seeleute in London sein jährliches Dinner abgehalten, und dazu war auch eingeladen Sir Kinnaman, der Vorsitzende des Vereins der Schiffsführer. Dieser Herr hielt eine Rede, aus der folgende Sätze den Unterschied zwischen britischen und deutschen Verhältnisse erkennen lassen. Er sagte:

„Wir haben einen sehr bitteren Kampf untereinander ausgefochten, bitterer, als jemals früher. Noch vor 6 Wochen hätte es mir als eine Unmöglichkeit erschienen, von Ihnen eine Einladung zu bekommen und ihr zu folgen. Sie haben Ihre Arbeitsbedingungen in dem letzten Kampf stark verbessert. Aber es gibt wenige Schiffsführer, die jetzt, nachdem die Dinge vorüber sind, nicht froh sind über Ihre Erfolge, und viele von ihnen bedauern, daß sie Ihre Forderungen nicht von vornherein bewilligt haben. Viele Schiffsführer sind auch froh, daß sie ihren Gewerksverein als den be-

rechtigten Vertreter für Seeleute anerkannt haben. Ich hoffe, das ist der Beginn einer neuen Ära in dem Verhältnis zwischen den Seefahrern und den Schiffsbefehlern!“

Die erste Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr im Neuen städtl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: **Doktor Mause,** Lustspiel in 5 Aufzügen von Adolph von Arnong. Der Miletverkauf erfolgt in den von uns bekanntgegebenen Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Gewerksvereine-Teil.

Barren. In einer sehr gut besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm der hiesige Ortsverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Stellung zu der so außerordentlich verteilten aller Lebensmittel und bedarf, einflussig, folgende Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung zu richten:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen die Verwaltung zu beschließen, bei der Reichsregierung um Maßnahmen zur Beschaffung der Nahrungsmittel und hauptsächlich des Mehlens vorstellig zu werden. Diese Beschaffung wird hauptsächlich erhofft durch Aufhebung der Lebensmittel- und Futtermittelzölle, Einführung der Grenzen zur leichteren Einfuhr von Getreide und Mehl, Freigabe des Getreidehochzinses. Ferner möge die Stadtverordnetenversammlung neben einer geeigneten Kontrolle der Nahrungsmittel auf ihre Güte regelmäßige staatliche Erhebungen über den Einkaufs- und Verkaufspreis derselben veranlassen, gute und billige Nahrungsmittel beschaffen und der Minderzahl zum Selbstkostenpreis abgeben, auch allen künftigen Arbeiter eine der Feuerung entsprechende Zulage gewähren.“

Chemnitz. Unser Ortsverband hielt am 30. September seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung enthielt außer den Neuwahlen einen Vortrag mit dem sehr zeitgemäßen Thema: „Land und Leute in Marokko und die deutschen Interessen.“ Der geschätzte Vortragende, Herr Erig Leipzig, verbreitete sich in großjüngiger Weise über dieses Thema. Seine Ausführungen lehten sich an die Kundgebung des Zentralkomitees der Deutschen Gewerksvereine vom 27. Juli d. J. an, welche sich ganz entschieden gegen einen Konflikt mit den Waffen wegen Marokkos vermahnt. Nachweisend, wie notwendig der Frieden im Interesse der deutschen Arbeiter sei, schloß Herr Erig seinen feilschenden Vortrag. Die Neuwahlen ergaben, daß der Vorsitz wiederum dem bewährten Kollegen Emil Heide übertragen wurde. Sodann wurden einige Anträge seitens der hiesigen „Volksstimme“ von dem Vorsitzenden zurückgewiesen.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S. A.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 11. Oktober Vortrag des Kollegen Meidau: Die freien Gewerkschaften (2. Teil). Vollständ. Ergeben erw. Gäste will. — **Gewerksvereine Liebertafel (S. A.).** Jeden Donnerstag abds. 9-11 Uhr, Liebungshaus 1, Verbandsbauhof, der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste will.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung angenommen.

Der Gewerksverein
Jahrgang 1910
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendrot, Nachlager und Frühstück beim Verbandskassierer **B. Kowalski,** Thorn, Seilagerstr. 7/9.
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende erhalten 1 Mark Unterfrühstück im Bureau, Willemerstr. 42.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgeheim beim Kassierer **Wesemann,** Mohrenstr. 7.
Zeitz (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterfrühstück bei **Carl Müller,** Greifswalderstr. 2, Ecke Oberlaugasse.

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterfrühstück. Karten sind bei den Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer **J. Olomp,** Altona, Gr. Brunnenstr. 17 erhältlich.
Biberach a. Niß (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendrot, Nachlager und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern.
Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktviag.

Dux in Böhmen. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten ein Nachlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterfrühstück in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutsch-nationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstr. 8.
Lübeck (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pf. Lokalunterfrühstück bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlenden Bezüge beim Ortsverbandskassierer. Dasselbst werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verbandslokal **D. Böhm,** Waagenmaner 120.

Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgesamt befindet sich beim Sekretär **Herm. Bartel,** Köhlerstr. 33.
Machen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Reiseunterfrühstück in dem Arbeitersekretariat Machen, Adalbertstr. 71.
Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat, Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerksvereins-Bureau, Frohnhauserstr. 53.
Bitterfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeheim von 75 Pf. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; Bezüge nicht am Orte vertreten, beim Ortsverbandskassierer **S. König,** Adersstr. 1.
Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachlager und Frühstück. Karten sind beim Kollegen **Beuchel** in Stetzners Rohlenhandlung, Zwingerstr. 4, zu entnehmen.
Jauer (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsgeheim bei **P. Robelt,** Hofplatz 6.

Vereinsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen.
Nütz. Liste 100 kostl.
Wilhelm Hamann,
Düsseld. Fährtenbr.

Geislingen, Württb. (Ortsverband). Als Ortsverbandsgesamt erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 60 Pf. bei **G. Sapper,** Büfienmader, Hauptstr. 18.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterfrühstück von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer **August Eitenfelder,** Langestr. 61, gezahlt.

Waldenburg i. Schl. (Ortsverband). Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Schwarzen Adler; die Karten werden vom Kollegen **J. Appelt,** Neustr. 1, ausgegeben.

VEREINS-ABZEICHEN u. STEMPEL ALLEN ART
bietet dem Gewerksvereinskollegen billig und schnell
Königsberg, Gräver-Anstalt
Stempel u. Vereinsabzeichenfabrik
G. TRENKEL, KÖNIGSBERG i. Pr.
Nicolaisstr. 29.